

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Nr. 64 Dresden, Mittwoch, den 16. März 1932 43. Jahrgang

## Pläne für Arbeitsbeschaffung

Die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats

### Harzburger Krach

**Stahlhelm lehnt Unterstützung Dillers ab**  
Die Herren der Harzburger Front liegen sich weiter in den Haaren. Als Hitler sich am Montag nach der Niederlage selbstherrlich auch für den zweiten Wahlgang als Reichspräsidentkandidat nominierte, hatte er die stille Hoffnung, daß Eugenberg und der Stahlhelm für ihn mitmachen würden. Mit dieser Hoffnung ist es wenigstens was den Stahlhelm anbetrifft, bereits aus. Der Stahlhelm läßt nämlich offiziell mitteilen, daß er sich unter keinen Umständen einer nationalsozialistischen Parteikandidatur oder Diktatur unterwerfen werde. Der bereits gefallene Präsidentschaftskandidat Diller erhält also im zweiten Wahlgang nicht einmal die Quersimmen. Trotzdem reißt er keinen Anhang weiter ein, daß er schließlich doch siegen werde. Und es gibt wirklich Dämliche genug, die dem ewigen Sprüher noch glauben.

Der Plan Eugenbergs auf Reichstagsauflösung findet in der der Reichsregierung nahestehenden Presse einmütige Ablehnung. Die Germania meint dazu: Eugenberg wisse, daß Hindenburg im zweiten Wahlgang wiedergewählt werde, und daß seine Eugenbergs Stellungnahme dabei keine wesentliche Rolle mehr spiele. Wie steht es überhaupt um dessen Aktivlegitimation? Wir glauben nicht einmal, daß Eugenberg befugt sei, im Namen der „Nationalen Opposition“ zu sprechen.

### Die bewaffneten Butschbänden

W. Hannover, 15. März. (Eig. Draht.)  
Die Pressestelle des Oberpräsidiums Hannover teilt mit: In Kreife Einbed ist ein nationalsozialistischer Waffentransport auf dem Wege zum Ortsgruppenführer der NSDAP in Immensen polizeilich beschlagnahmt worden. Zu den Waffen gehörten 5 Gewehre, Modell 98, 80 Stahlhelme, 18 neue Tornister mit Lebensmitteln für zwei Tage, 200 Infanteriepatronen, 1000 Kubikzentimeter Sprengstoffmunition mit zwei Händschulren. Die Tornister waren mit Namen ausgezeichnet auf Nationalsozialisten in Kreischaften des Kreises Einbed. Beamte der hannoverschen Landes kriminalpolizei haben inzwischen weitere mehrere tausend Schuß Infanteriemunition im Besitz Einbeder Nationalsozialisten festgestellt und beschlagnahmt. Es sind auch noch weitere Stahlhelme gefunden worden. Von den 34 Mann, die dem Einbeder SA-Trupp angehören, waren wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, 28 mit Stahlhelmen ausgerüstet. Durch die polizeilichen Ermittlungen ist ferner festgestellt worden, daß der gesamte SA-Trupp Anweisung erhalten hatte, sich am Sonntag nach der Beteiligung an der Wahl außerhalb Einbeds in Immensen zu sammeln.

Die vernommenen SA-Leute haben zugesehen, daß sie strebend nach entschlossen gewesen seien, von den Waffen, die sich in ihrem Besitz befanden, Gebrauch zu machen.

### Haufierer Eugenberg



„Prima Wählerstimmen, Herr Reichspräsident, meiner Postposten, spottbillig abzugeben, — wie wäre es geschicklich?“  
„Danke, nein. Gerade diesen Brief hat ich selber sehr reichlich am Lager.“

Der Reichswirtschaftsrat hat in einer Reihe von Sitzungen seine Untersuchungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt. Es handelt sich hier um die unter anderem von den Gewerkschaften geforderten Bestrebungen, der Wirtschaft planmäßig neue Anregungen zu geben. Wie bei jedem Arbeitsbeschaffungsprogramm, zeigt sich auch bei dem des Reichswirtschaftsrats, daß es an Arbeit in Deutschland nicht fehlt. Sie ist in Fülle und Fülle da. Die Verwirklichung hapert aber in der Bereitstellung und der Beschaffung der finanziellen Mittel.

Mein und Länder stehen in einer verzwiefelten Finanzlage. Sie können keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stellen. Auch der Gedanke, Privatbanken zu einer Konfessionierung heranzuziehen, hat sich nicht als tragfähig erwiesen. Im Laufe der Untersuchungen des Reichswirtschaftsrats hat sich jedoch die Idee herausgebildet,

**besondere Finanzierungsinstitute**  
zu errichten. Sie hätten „einmal die Tragfähigkeit der Projekte zu prüfen und das anderen die nötigen Geldmittel durch Schaffung diskontfähiger Papiere zu besorgen. Als Käufer solcher Papiere würden natürlich auch die privaten Banken in Frage kommen. Diese können sich bei der Reichsbank jederzeit die für Verzinsungen nötigen Noten beschaffen. Der Verzinsbedarf als solcher würde dann nur einen Bruchteil der auszubehrenden Beträge ausmachen“. Im Grunde genommen greift man mit diesem Gedanken auf die Reichsbank zurück. Es fragt sich nun, wieweit die Reichsbank in der Lage ist, die entsprechenden Kredite zur Verfügung zu stellen. Doch der Reichswirtschaftsrat hier nicht an eine ultra-loose Kreditpolitik denkt, die zu einer Schädigung der Währung führen könnte, geht aus der einseitigen Bemerkung in der Denkschrift des Reichswirtschaftsrats hervor, die darauf verweist, daß die Reichsbank einer Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprojekten auf dem geltend gemachten Wege nur in sehr eingeschränktem Umfang zustimmen könnte. Immerhin bleibt Spielraum,

einen erheblichen Teil der Projekte zu verwirklichen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichswirtschaftsrats könnte den Arbeitsmarkt sichtbar entlasten. Der Reichswirtschaftsrat gibt über den Umfang der ihm vorliegenden Projekte folgende Zusammenstellung:

	Kredite (in Millionen Mark)	Arbeitskräfte
Reichsbahn	100	30 000
Reichspost (für 1932)	50	15 000
Straßenbau zwischen Hochwasserstand bis Landwirtschaftl. Meliorationen	200—710	77 000—300 000
Landwirtschaftl. Meliorationen	200	120 000
Waldwirtschaft (für 1932)	50	10 000
Wasserbauten	300—500	135 000—225 000

Soweit die Reichsbahn in Frage kommt, die ja bereits mit Hilfe der 250-Millionen-Anleihe ein besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführt, hat sich diese bereit erklärt, über das laufende Programm hinaus für 1932 Arbeiten im Gesamtaufwand von 100 Millionen Mark in Gang zu setzen, wenn Verzinsung und Amortisation der dafür zur Verfügung gestellten Mittel so günstig gestaltet werden, daß die Liquidität des Unternehmens nicht gefährdet wird. Die Reichspost ist bereit, über ihre bisherigen Dispositionen hinaus Arbeiten mit einem Gesamtaufwand von je 50 Millionen Mark für 1932 und 1933 in Gang zu bringen unter ähnlichen Voraussetzungen wie bei der Reichsbahn. Sämtliche des Straßennetzes haben dem Reichswirtschaftsrat Projekte vorgelegen, die zwischen 200 und 710 Millionen Mark schwanken. Für die Hochwasserstandsprojekte in Preußen allein ergibt sich die Notwendigkeit, einen Betrag von 100 Millionen Mark zu beschaffen. Zur Erhaltung der Reichswasserstraßen sind vorordentliche Arbeiten im Gesamtwert von etwa 50 Millionen Mark erforderlich. Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Meliorationen liegen baureife Projekte

## Die Schiebung Fried-Hitler

Die Nazigauleitung wählte die Landespolizei aus!

### Wie Nazi-Minister regierten

G. Weimar, 15. März. (Eig. Draht.)  
Vor dem vom Thüringer Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuß über Verkommenheit bei der Thüringer Landespolizei waren am Dienstag als Zeugen geladen und erschienen: Stennes, Becklin, Diller, München, Fried, München, und der thüringische Landtagsabgeordnete der Nationalsozialisten Sauckel. Diller und seine Komplizen saßen in zwei Kurrowsen vor. In seiner Begleitung befand sich u. a. auch das Großmutter Weidbeil.

Verhandelt wurde über die Ernennung Dillers zum Genbarmeriekommissar von Hilburghausen durch Fried sowie über die Auswahl der Kandidaten für die thüringische Polizei durch die Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei in Weimar.

Den beiden Zeugen, die von der Anstellung Dillers zum Genbarmeriekommissar wählten, hat der Innenminister keine Ausfertigung erteilt. Der Ausschuß verlangte jedoch, daß darüber ein Beschluß des Gesamtministeriums herbeigeführt wird.

Stennes sagte aus, daß er mit der Berliner Zeitung, in der Dillers Ernennung zum Genbarmeriekommissar zuerst gemeldet wurde, nichts mehr zu tun habe und infolgedessen die Quelle dieser Nachricht nicht wisse. Als er noch der Hitler-Partei angehört habe, sei er sehr oft nach München gekommen, und da habe man sich des Interesses über die Einbürgerung Dillers unterhalten, schon wegen der Gefahr der Ausweisung.

Fried sagte aus, daß er schon 1929 in Bayern den Versuch gemacht habe, Diller die Staatsangehörigkeit zu beschaffen. Der Versuch sei allerdings gescheitert. Als er dann Minister in Thüringen geworden sei, habe er alles versucht, um endlich die Angelegenheit zu bereinigen und dem Frontsoldaten Diller die deutsche Staatsangehörigkeit zu beschaffen. Ich hatte damals vor — so erklärte Fried mündlich —

Diller zum Direktor der Weimarer Kunstschule zu machen.

Minister Baum äußerte jedoch seine Bedenken, daß man warten solle bis zum Sommer, wenn die Zeiten auf politischem Gebiet „ruhiger“ geworden sind, wenn der Landtag nicht mehr tagt. Nach reiflicher Überlegung

habe ich dann, während Minister Baum auf Urlaub war und ich ihn vertreten habe, ohne mit Diller Rücksprache

genommen zu haben, Diller zum Genbarmeriekommissar in Hilburghausen ernannt.

Ich trage die volle Verantwortung allein hierfür und habe mich hierzu als Ressortminister berechtigt gehalten. Die Anstellungsurkunde habe ich auf dem Goutag der Nationalsozialisten in Weimar am 12. Juni 1930 Diller überreicht. Ich wollte auch auf dem Goutag der Öffentlichkeit das bekanntgeben, daß Diller nunmehr deutscher Staatsangehöriger ist, aber Diller war dagegen. Die Urkunde hat Diller an sich genommen und sich die Einbürgerung vorbehalten. Erst als Diller in Weimar vor dem Reichsgericht ausgesetzt hat, daß er staatenlos ist, habe ich erfahren, daß Diller von der Anstellungsurkunde keinen Gebrauch gemacht hat.

Fried ist weiter der Meinung, daß die Anstellung Dillers als Genbarmeriekommissar „keine Scheinanstellung“ gewesen sei. Auf Befragen sagt er aus, daß er die von Diller unterzeichnete Empfangsbestätigung gerissen habe. Die Anstellungsurkunde sei wahrscheinlich von Diller auch gerissen worden. Die Frage, ob er Diller für fähig gehalten habe, den Posten eines Genbarmeriekommissars ohne Prüfung zu übernehmen, bejaht Fried.

Diller bestätigt, daß er von Fried die Anstellungsurkunde in Weimar auf dem Goutag erhalten habe, nur könne er sich nicht mehr bestimmen, ob er eine Empfangsbestätigung bezücker unterschrieben hat. Er, Diller, habe gleich den Eindruck gehabt, als könne er das nicht annehmen, deshalb habe er die Urkunde in den nächsten Tagen gerissen und verbrannt. Mit Fried habe er vor der Ausstellung der Urkunde nicht gesprochen. Diller gibt ferner auf Befragen zu, daß er nie einen Antrag gestellt hat, deutscher Staatsbürger zu werden.

Als er gefragt wurde, warum er sich nicht verbeten hat, daß krumme Wege zu seiner Einbürgerung beschritten werden, brüllte er wie ein Wessener.

Das gleiche Schauspiel wiederholt sich, als er daran erinnert wird, daß nach seiner eigenen Aussage in seiner Partei nichts ohne seinen Willen und ohne sein Wissen geschähe.

Als letzter Zeuge wird der nationalsozialistische Abgeordnete Sauckel vernommen, der zugibt, daß

unter Fried die Besuche am Einbürgerung in die thüringische Staatsbürgerschaft erst an das Goutag der Nationalsozialisten geleitet wurden, um die Weimarer auf ihre Parteigehörigkeit zu prüfen.